



**Umweltinstitut
München e.V.**

JAHRES- & TRANSPARENZBERICHT

UNSER JAHR 2021

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 3

ÜBER UNS 4



ENERGIE UND KLIMA

Wir brauchen eine Solaroffensive! 7

Klimawende von unten 8

Taxonomie: Kein Ökolabel für Atom und Gas! 9

Alle fürs Klima:
620.000 Menschen beim Klimastreik 10

Das Anti-Klima-Abkommen 11



RADIOAKTIVITÄT

Nie wieder! Zehn Jahre Fukushima 13

Strafanzeige gegen illegale Atomexporte 14

Weitere Tätigkeitsbereiche 15



LANDWIRTSCHAFT

1,2 Mio Unterschriften
für Bienen und Bauern 17

Der Pestizidprozess geht weiter 19

Interview – „SLAPPS sind ein Angriff
auf die Grundwerte unserer Demokratie“ 20

Neue Gentechnik ohne
Regulierung? Nicht mit uns! 22

Einspruch: Keine Patente auf Leben! 24

Ökolandbau erleben und verstehen! 25

Weitere Tätigkeitsbereiche 26



VERBRAUCHERSCHUTZ

So werden Sie zum Slow Fashion Profi! 29

UNSER JAHR IN ZAHLEN 33

IMPRESSUM 40

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zehn Jahre Fukushima, 35 Jahre Tschernobyl – die Jahrestage der Reaktorkatastrophen erinnerten uns 2021 einmal mehr daran: Sicher ist bei der Atomkraft nur das Risiko. Mit einer deutschlandweiten Plakat-Aktion machten wir im vergangenen Jahr deshalb auf diese Gefahr aufmerksam. Dass nur ein Jahr später das Szenario einer kriegsbedingten Nuklearkatastrophe durch den Krieg in der Ukraine so bedängstig real werden würde, hätte kaum jemand für möglich gehalten. Das Umweltinstitut hat sich 1986 nach dem GAU in Tschernobyl gegründet – als unabhängige Messstelle für radioaktive Belastung. Die Entwicklungen in der Ukraine zeigen, dass unser Engagement in den letzten 35 Jahren nichts von seiner Wichtigkeit verloren hat.

Seit den Gründungstagen hat sich das Umweltinstitut zu einer schlagkräftigen Umweltschutzorganisation weiterentwickelt, wie wir auf den Seiten 4 und 5 Revue passieren lassen. Auch im Corona-Jahr 2021 konnten wir beachtliche Erfolge erzielen, die uns gerade wegen der schwierigen Bedingungen besonders stolz machen: Obwohl uns die Pandemie das Unterschriftensammeln erheblich erschwert und der Pestizidprozess in Südtirol noch immer viele Kapazi-

täten gebunden hat, haben wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen 1,2 Millionen Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ gesammelt. Ein großartiger Erfolg! Die „Klimawende von unten“, unser bundesweites Projekt für mehr kommunalen Klimaschutz, nimmt weiter an Fahrt auf und hat im letzten Jahr ganze 19 Initiativen für mehr Radwege, ökologische Stadtwerke oder eine kommunale Solaroffensive beraten und begleitet.

Mehr zu diesen und weiteren spannenden Projekten erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Fabian Holzheid
Politischer Geschäftsführer

ÜBER UNS

Für eine ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft

Wie alles begann

Als sich im April 1986 der Super-GAU im AKW Tschernobyl ereignete, zog die radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Doch statt die Bevölkerung zuverlässig über die Strahlenbelastung zu informieren, vertuschen und verharmlosten die Behörden die Gefahr. Eine kleine Gruppe von engagierten Bürger:innen und Wissenschaftler:innen aus dem Raum München wollte das nicht einfach hinnehmen. Da auf die offiziellen Stellen kein Verlass war, gründeten sie das Umweltinstitut, um selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchführen zu können.

Das Umweltinstitut heute

Vergangenes Jahr feierte das Umweltinstitut München sein 35-jähriges Bestehen. Aus der lokalen Initiative von damals ist mit den Jahren eine professionelle Umweltorganisation mit mehr als 20 Mitarbeiter:innen geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt. Neben den Gründungsthemen Radioaktivität und Atomkraft beschäftigen wir uns heute intensiv damit, wie die Klimakrise eingedämmt und die Agrarwende hin zu einer hundert Prozent ökologischen Landwirtschaft gelingen kann.

Unabhängig – kritisch – engagiert

Unser Messprojekt haben wir beibehalten. Noch immer untersuchen wir durchgängig die Münchner Außenluft auf radioaktive Strahlung. Für den Fall eines Atomunfalls sind wir so in der Lage, die Öffentlichkeit schnell und zuverlässig zu informieren. Dank eines eigenen Gammaspektrometers können wir außerdem die Belastung von Lebensmitteln und anderen Proben prüfen.

Damals wie heute ist es uns wichtig, zuverlässig informieren zu können. Deshalb wühlen sich unsere Referent:innen gerne tief in die Materie hinein, wälzen Studien und bohren beharrlich nach, wenn sie keine befriedigende Antwort von Behörden oder Politiker:innen bekommen.

Doch es reicht uns nicht, Probleme zu identifizieren. Wir wollen Veränderung bewirken. Deshalb schaffen wir Öffentlichkeit und bringen die Verantwortlichen damit unter Zugzwang.

Unser Engagement wirkt!

Als unabhängige Organisation, die sich durch kleine Spenden und Fördermitgliedsbeiträge finanziert, arbeiten wir mit ganz anderen Budgets als etwa die Agrar- und Stromkonzerne, mit denen wir uns anlegen. Es sind viele kleine Beiträge von ganz normalen Menschen, die es uns ermöglichen, nachzuforschen, Proteste zu organisieren und so lange am Ball zu bleiben, bis wir die Politik in Berlin und Brüssel wieder ein kleines Stück in die richtige Richtung bewegen.



„Wir können uns nicht entspannt zurücklehnen.“



Fabian Holzheid, politischer Geschäftsführer des Umweltinstituts, blickt auf das Jahr 2021 zurück.

35 Jahre Umweltinstitut München – wie hat sich die Organisation seither entwickelt?

Das Umweltinstitut gründete sich nach der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl als unabhängige Messstelle für Radioaktivität. Inzwischen sind wir eine mittelgroße und – gemessen an der Zahl unserer Mitarbeiter:innen und unseren Erfolgen – enorm wirkungsvolle Umweltschutzorganisation, die viele Themen abdeckt, hauptsächlich im Energie- und Agrarbereich. Wir sind im Durchschnitt ein vergleichsweise junges Team, die meisten von uns haben Tschernobyl als Kinder oder noch gar nicht miterlebt. Unsere Wurzeln haben wir aber trotzdem nicht vergessen und führen bis heute Radioaktivitätsmessungen durch – zu Recht, wie die gefährlichen Entwicklungen um die AKWs in der Ukraine zeigen.

Worauf kann das Umweltinstitut 2021 besonders stolz sein?

Im September brachten wir unsere Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ mit mehr als 1,2 Millionen Unterschriften erfolgreich ins Ziel. Als Mitinitiator:innen haben wir ein europaweites Bündnis auf die Beine gestellt, das eine bessere Agrarpolitik und einen Pestizidausstieg fordert. Eine solche Initiative zu gewinnen ist für sich schon eine gewaltige Herausforderung, aber durch die Corona-Pandemie und die diversen Lockdowns in europäischen Ländern war das Sammeln von Unterschriften auf Papier unheimlich schwierig. Umso mehr freut es mich, dass wir am Ende doch erfolgreich waren, auch wenn die finale Prüfung durch die Behörden noch aussteht.

2021 wurde in Deutschland gewählt. Wie hat sich das Umweltinstitut während des Wahlkampfes und der Koalitionsverhandlungen eingebracht?

Diese Bundestagswahl war für uns besonders wichtig, weil die unionsgeführten Regierungen der letzten 16 Jahre wichtige Weichenstellungen beim Klimaschutz, bei der Agrarwende und beim Erhalt der Artenvielfalt verschleppt, blockiert oder verschlafen haben. Ganz nebenbei haben wir uns dadurch in eine gefährliche Abhängigkeit von fossilen Energien begeben, die uns außenpolitisch nun hart auf die Füße fällt. Deshalb haben wir uns im Vorfeld der Wahl mit anderen Umweltorganisationen zusammengeschlossen, um mit verschiedenen Aktionen die Wahl zur Klimawahl zu machen, und haben für den Klimastreik am 24. September, zwei Tage vor der Wahl, mobilisiert. Wir haben die Forderungen der EBI im Wahlkampf und auch während der Koalitionsverhandlungen öffentlichkeitswirksam eingebracht und die Inhalte des Koalitionsvertrags kritisch eingeordnet.

→ [Unsere Einordnung des Koalitionsvertrags finden Sie hier.](#)

Was bedeutet die neue Ampelkoalition für die Arbeit des Umweltinstituts?

Es weht stellenweise schon ein neuer Wind in Berlin, und manche Ministerien sind nun zugänglicher für unsere Themen als zuvor. Wie jede Bundesregierung will aber auch die Ampelkoalition immer wieder daran erinnert werden, dass den großen Krisen unserer Zeit nicht mit „business as usual“ begegnet werden kann. Gerade bei schweren und unpopulären Entscheidungen zugunsten der Umwelt braucht auch die Ampel kontinuierlich Anschub und Druck aus der Zivilgesellschaft.

ENERGIE UND KLIMA

Starkregen, Hochwasser, Stromausfälle.

Die Flutkatastrophe 2021 hat uns gezeigt:

Die Klimakrise ist jetzt – und sie ist mit voller Wucht in Deutschland angekommen. Wollen wir das schlimmste Klimachaos noch abwenden, brauchen wir einen radikalen Wandel im Energie-, Verkehrs- und Gebäudesektor.

Im vergangenen Jahr haben wir deshalb unter anderem unsere Solaroffensive sowie unser Projekt „Klimawende von unten“ vorangetrieben und uns gegen den Energiecharta-Vertrag engagiert – ein internationales Abkommen, das wie kein anderes der internationalen Energiewende im Weg steht.



WIR BRAUCHEN EINE SOLAROFFENSIVE!

Im Jahr 2021 haben wir unsere Kampagne für den verstärkten Ausbau der Solarenergie – vor allem auf städtischen Dächern – und bessere Bedingungen für Bürgerenergie fortgesetzt. Nachdem die Bundesregierung angekündigte Verbesserungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz immer wieder verschoben hatte, standen wir mit unseren Bündnispartnern von der Deutschen Umwelthilfe, den Naturfreunden und Robin Wood Anfang März vor dem Kanzleramt. Mit unserer Protestaktion unter dem Motto „Klimakrise bekämpfen! – Erneuerbaren-Ausbau verdreifachen!“ forderten wir höhere Ausbauziele für die Solarenergie. In diesem Punkt konnten wir wenig später auch einen Erfolg verbuchen: Die Ausbauziele wurden in der Novelle des Klimaschutzgesetzes im Mai deutlich angehoben.

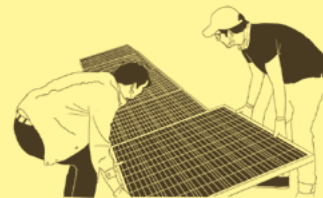
Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nutzten wir, um mit landesspezifischen Unterschriftenaktionen unsere Forderung nach einer landesweiten Solarpflicht an die angehenden Regierungskoalitionen zu bringen. Damit waren wir erfolgreich: Rheinland-Pfalz führte eine Solarpflicht für Gewerbegebäude und große Parkplätze ein, Baden-Württemberg weitete die existierende Solarpflicht auf neue Wohngebäude sowie Dachsanierungen bei bestehenden Gebäuden aus. Auch in die Koalitionsverhandlungen mischten wir uns mit offenen Briefen an die verhandelnden Parteien ein. Wir bekräftigten hier unsere Forderungen aus dem 10-Punkte-Plan für eine Solaroffensive, den wir 2020 lanciert und in zahlreichen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten diskutiert hatten. Dazu zählt eine Anhebung der Vergütung für Solaranlagen auf Dächern, die Abschaffung des „atmenden Deckels“, bessere Bedingungen für Mieterstrom und Bürgerenergieprojekte, Förderung von innovativen Photovoltaikprojekten wie Agri- oder Fassaden-Photovoltaik sowie ein Markteinführungsprogramm für große Energiespeicher.

INFOBLATT: SOLARSTROM SELBER MACHEN!

Sie wollen Solarstrom produzieren, haben aber kein geeignetes Dach für eine „ausgewachsene“ PV-Anlage? Vielleicht ist ein Mini-Solarkraftwerk für den Balkon oder die Fassade eine Möglichkeit. Ein Mini-Solarkraftwerk z. B. am Balkon speist Strom über die Steckdose ins Hausnetz ein. Der selbstproduzierte Strom wird so gleich wieder verbraucht, die Stromrechnung wird günstiger. In unserem Infoblatt erklären wir Schritt für Schritt, wie Sie zum eigenen Sonnenstrom kommen.

→ [Zum Infoblatt](#)





KLIMAWENDE VON UNTEN

Die Klimakrise zeigt uns deutlich: Wir müssen aus fossilen Energien aussteigen – und wir brauchen mehr Erneuerbare! Ein besonders wirksames Instrument sind dabei Bürgerbegehren, mit denen wir Städte und Gemeinden dazu verpflichten können, für mehr Solar- und Windkraftanlagen, den Umbau der Wärmeversorgung hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien oder auch für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und für mehr sichere Fahrradwege zu sorgen.

Um zu zeigen, wie das geht, haben wir 2019 das Handbuch „Klimawende von unten“ veröffentlicht. Seitdem ist viel passiert: Hunderte Bürger:innen haben die Mittel der direkten Demokratie genutzt, um in ihrer Stadt oder Gemeinde etwas zu bewegen.

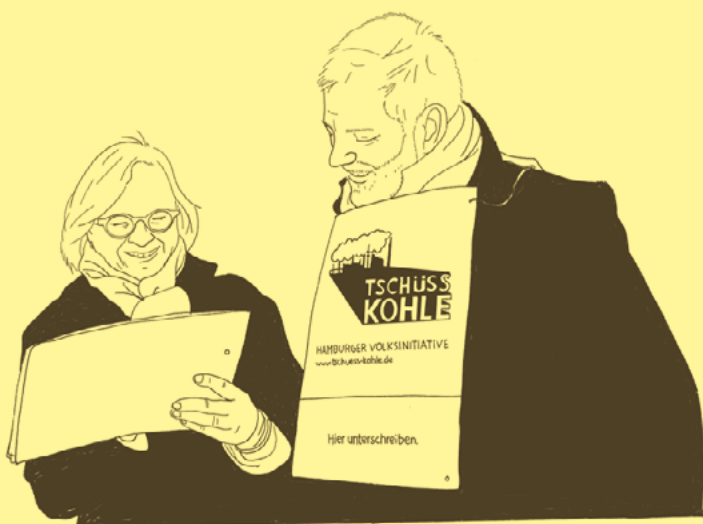
Diese Erfahrungen sind in die neue, komplett überarbeitete Ausgabe des Ratgebers eingeflossen, die wir im Juni gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V. und BürgerBegehren Klimaschutz veröffentlicht haben. Damit geben wir der direktdemokratischen Bewegung für die Mobilitäts- und Energiewende noch mehr Auftrieb: Allein 2021 haben wir 19 Initiativen für mehr

Radwege, ökologische Stadtwerke oder eine lokale Solaroffensive beraten. In vielen Fällen konnten die Initiativen bereits ihre Stadt oder Gemeinde zu mehr Klimaschutz bewegen.

Darüber hinaus haben wir 2021 erstmals Online-Seminare angeboten, in denen wir erklären, wie ein Ökostrombegehren oder ein Solarentscheid ablaufen kann. Mehr als 1.000 Teilnehmer:innen ließen sich dabei zu lokalem Handeln inspirieren.

Außerdem arbeiteten wir schon im vergangenen Jahr mit Hochdruck an der ersten „Klimawende von unten“-Konferenz, die im Juni 2022 in Kassel stattfand. Zwei Tage lang kamen Aktive aus erfolgreichen Bürgerinitiativen und Interessierte zusammen. Das Programm bot Raum für Austausch und umfasste Workshops und Keynotes – vom Argumentationstraining für Gespräche mit Stadtwerken bis zum Fundraising-Workshop.

→ Weitere Informationen zur „Klimawende von unten“ finden Sie auf unserer [Themenseite](#).



Illustrationen: Pierre Maite



TAXONOMIE: KEIN ÖKOLABEL FÜR ATOM UND GAS!

Die Idee hinter der EU-Taxonomie ist gut: Sie soll Finanzmarktteilnehmer:innen klare Leitlinien für nachhaltige Finanzprodukte an die Hand geben und damit das Greenwashing von Finanzprodukten, die nicht nachhaltig sind, eigentlich verhindern.

Doch im vergangenen Jahr hat die EU-Kommission ihren neuen Entwurf für die EU-Taxonomie vorgelegt – und betreibt damit nun selbst Greenwashing, indem sie fossiles Gas und Atomkraft als nachhaltig einstufen will. Dadurch drohen massive Fehlinvestitionen in überholte Dinosauriertechnologien. Wenn für Nachhaltigkeit bestimmte Finanzmittel in Gas- und Atomprojekte fließen statt in einen echten, sozialökologischen Umbau Europas, dann bleiben die europäischen Klimaziele unerreichbar.

Bereits im Sommer demonstrierten wir deshalb mit Fridays for Future und anderen Organisationen vor den drei Vertretungen der EU-Kommission in Deutschland in Bonn, Berlin und München gegen ein Öko-Label für Gas und Atom. Als sich die Pläne der EU-Kommission Ende des Jahres konkretisierten, formierte sich erneut Widerstand: Mit einer lauten und bunten Aktion vor der SPD-Zentrale in Berlin forderten wir im November gemeinsam mit weiteren Organisationen den designierten Kanzler Olaf Scholz



auf, diese Pläne nicht zu akzeptieren. Und als die EU-Kommission ihren Vorschlag im Februar 2022 schlussendlich veröffentlicht hat, zogen wir nochmals vor die EU-Kommissionsbüros in München, Berlin und Bonn.

Mit unserem Protest konnten wir verhindern, dass die Kommission das Ökolabel für Atomkraft und fossiles Gas still und leise unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchsetzt. Im Sommer hat das EU-Parlament leider gegen ein Veto gestimmt, entgegen der Empfehlung seiner Fachausschüsse für Wirtschaft und Umwelt. Nun fordern wir von der Bundesregierung sowie vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments, den Klageweg zu beschreiten, um glaubwürdige Nachhaltigkeitskriterien ohne fossiles Gas und Atom doch noch durchzusetzen.



ALLE FÜRS KLIMA: 620.000 MENSCHEN BEIM KLIMASTREIK



Anja Paolucci



Kilian Wilhelm

Anja und Kilian sind bei Fridays for Future aktiv und absolvieren seit September 2021 ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr beim Umweltinstitut. Die beiden waren auch in die Organisation des globalen Klimastreiks am 24. September 2021 involviert. Hier berichten sie davon:

Der Klimastreik am Freitag vor der Bundestagswahl war ein viel größerer Erfolg als wir uns hätten vorstellen können. An diesem Tag haben sich fast 30.000 Menschen alleine auf dem Münchner Königsplatz versammelt, um mit uns für bessere Klimapolitik zu kämpfen! Der Blick von der Bühne auf den randvoll gefüllten Platz und auf die immer weiter einströmenden Menschenmassen war einfach überwältigend.

Die Vorbereitung einer Großdemonstration erfordert wirklich viel Arbeit. Als Versammlungsleitung (Anja) und Mitglied des Sicherheitsteams (Kilian) haben wir im Voraus für fast jede eventuell mögliche Unstimmigkeit im Demoablauf einen Plan erarbeitet. Parallel dazu fielen viele andere Aufgaben, zum Beispiel die Organisation von Materialien, das Schreiben und Verschicken von Pressemitteilungen, die Mobilisierung durch Verteilen von Plakaten und Flyern, Planung des Bühnenprogramms und vieles mehr an. Dabei haben wir mit einem Team der Münchner Fridays for Future Ortsgruppe zusammengearbeitet. Am Freitag selbst starteten wir frühmorgens mit dem Aufbau und konnten dank vieler helfender Hände den Abbau kurz vor Mitternacht beenden. Nicht nur in München haben wir gezeigt, dass Fridays for Future nach wie vor große Massen mobilisieren kann und Klimaschutz ein wichtiges Thema in der aktuellen Politik ist. An diesem Tag gab es weltweit 1.700 Schulstreiks. 470 fanden allein in Deutschland statt, wo sich insgesamt 620.000 Menschen versammelten!



DAS ANTI-KLIMA-ABKOMMEN



Kein anderes Abkommen steht der internationalen Energiewende so im Weg wie der Energiecharta-Vertrag (ECT). Der Vertrag gibt Investoren fossiler Energien das Recht, Regierungen vor privaten Schiedsgerichten auf Milliardenbeträge zu verklagen, wenn staatliche Eingriffe gegen die Klimakrise künftige Gewinne beeinträchtigen (könnten).

In einer europaweiten Online-Aktion forderten wir 2021 deshalb die EU-Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, diesen Anti-Klimaschutz-Vertrag zu verlassen. Mehr als eine Million EU-Bürger:innen haben sich daran beteiligt. Außerdem forderten wir in einem gemeinsamen Statement mit weiteren 400 NGOs aus Europa die Mitgliedstaaten erneut zum Austritt aus dem ECT auf – und unterstrichen diese Forderung in Deutschland mit einer bildstarken Aktion vor dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin.

Darüber hinaus beleuchteten wir mit Partnerorganisationen, welche Rolle der ECT beim Braunkohleausstieg in Deutschland gespielt hat. Dieses konkrete

Beispiel zeigt, wie der ECT den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen erheblich komplizierter und teurer macht. → [Weitere Infos dazu finden Sie hier.](#)

EuGH: Klagen durch Energiecharta in Europa sind illegal

Im September 2021 folgte dann ein wegweisendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH): Nachdem wir schon 2018 mit einem Rechtsgutachten bewiesen hatten, dass Investitionsschutzklagen durch den ECT gegen europäisches Recht verstoßen könnten, urteilte nun auch der EuGH: Die Schiedsgerichtsklausel des ECT ist in Intra-EU-Verfahren nicht anwendbar und damit illegal. Mit diesem Urteil entzog der EuGH zwei Drittel aller Schiedsverfahren unter der Energiecharta die Grundlage. Dieses Urteil stärkt uns und unserem ausdauernden Kampf gegen den ECT den Rücken. Die Energiecharta ist nicht nur unnötig, sie ist auch brandgefährlich – für das Klima und die Demokratie.

DER ENERGIECHARTA-VERTRAG

Der Vertrag über die Energiecharta ist ein internationaler Vertrag, der speziell den Energiesektor abdeckt. Er wurde 1994 zwischen insgesamt 51 Staaten in Europa und Asien abgeschlossen, um die Integration der Energiemärkte der bis kurz davor planwirtschaftlich und diktatorisch regierten Staaten in Osteuropa und Mittelasien in eine globale Marktwirtschaft abzusichern. Doch der Vertrag über die Energiecharta ist kein Handelsabkommen. Es handelt sich vor allem um einen Investitionsschutzvertrag für Investitionen in den Energiesektor. Dazu gibt er Investor:innen die Möglichkeit, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie „enteignet“ werden. Dabei gilt es bereits als Enteignung, wenn ein Staat die Bedingungen für ihre Investitionen durch neue Regelungen verschlechtert. Rechtlich bindend sind nur die Regeln, die Investor:innen begünstigen.

Der in Deutschland bekannteste Fall sind die Klagen des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall um inzwischen insgesamt 6,1 Milliarden Euro wegen des Atomausstiegs. RWE wiederum zieht die Niederlande vor ein Schiedsgericht, um rund 1,4 Milliarden Entschädigung für den dortigen Kohleausstieg im Jahr 2030 einzuklagen.

RADIOAKTIVITÄT

35 Jahre Tschernobyl, zehn Jahre Fukushima –
2021 führten uns die Jahrestage der Atomkatastrophen
einmal mehr vor Augen: Atomkraft ist nicht sicher.
Mit einer Plakataktion zum Fukushima-Jahrestag machten
wir auf das unkalkulierbare Risiko aufmerksam und
betonten, dass Atomkraft kein Klimaretter ist.
Außerdem stellen wir Strafanzeige gegen illegale
Atomexporte und führten unser Messprogramm fort.



NIE WIEDER! ZEHN JAHRE FUKUSHIMA

Am 11. März 2021 jährte sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum zehnten Mal. Noch immer verhindern radioaktive Hotspots eine sichere Rückkehr in evakuierte Gebiete. Nicht auszumalen wären die Folgen, wenn vor zehn Jahren der Großteil der radioaktiven Wolke nicht mit dem Wind aufs Meer gezogen wäre, sondern Millionenstädte wie Tokio verstrahlt hätte.

Atomkraft ist und bleibt ein unkalkulierbares Risiko – und ein Hemmnis für die Energiewende. Um daran zu erinnern, haben wir an dutzenden Standorten in Deutschland zusammen mit .ausgestrahlt und weiteren Initiativen Großplakate aufgehängt: Der weltweite Atomausstieg ist jetzt nötig, damit es nicht zur nächsten Atomkatastrophe kommt!

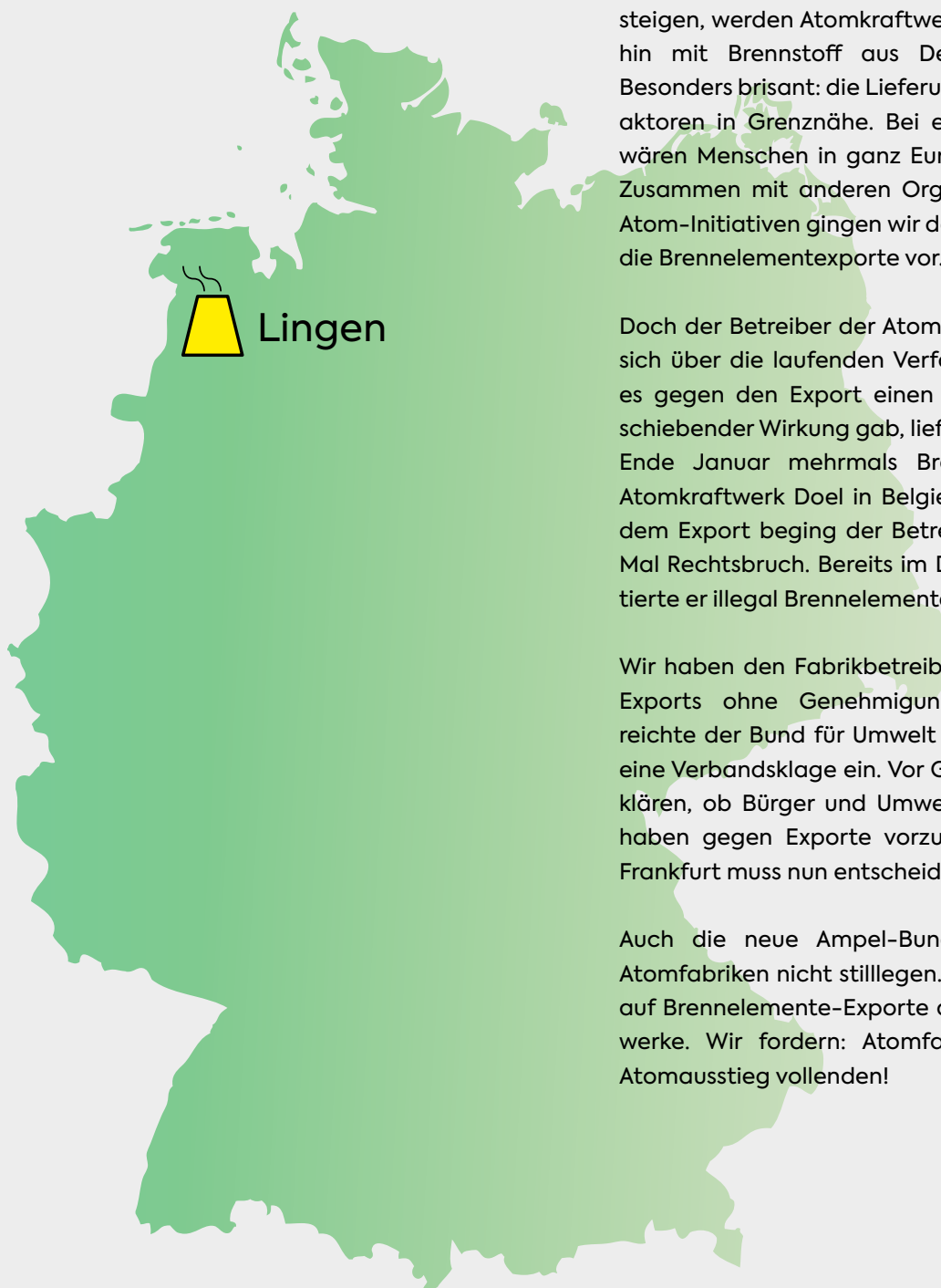
Zudem veröffentlichten wir gemeinsam mit mehr als 50 Sozialverbänden, Umweltorganisationen und Gruppen eine Erklärung, in der wir unterstreichen: Eine sichere, nachhaltige und soziale Energieversorgung ist nur mit einer Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien möglich. Von der Atomenergie profitieren einzig diejenigen, die seit Jahrzehnten gegen eine sozial-ökologische Energiewende arbeiten. In einem ergänzenden Hintergrundpapier „Atomkraft: Tödliches Relikt ohne Zukunft“ stellen wir außerdem die wichtigsten Argumente gegen Atomenergie in Zeiten der Klimakrise zusammen.

→ Zur Erklärung

→ Zum Hintergrundpapier



STRAFANZEIGE GEGEN ILLEGALE ATOMEXPORTE



Obwohl Deutschland nach der Katastrophe von Fukushima beschlossen hat, aus der Atomkraft auszu- steigen, werden Atomkraftwerke im Ausland weiter- hin mit Brennstoff aus Deutschland betrieben. Besonders brisant: die Lieferungen an marode Altre- aktoren in Grenznähe. Bei einem schweren Unfall wären Menschen in ganz Europa massiv betroffen. Zusammen mit anderen Organisationen und Anti- Atom-Initiativen gingen wir deshalb rechtlich gegen die Brennelementexporte vor.

Doch der Betreiber der Atomfabrik in Lingen setzte sich über die laufenden Verfahren hinweg. Obwohl es gegen den Export einen Widerspruch mit auf- schiebender Wirkung gab, lieferte das Unternehmen Ende Januar mehrmals Brennelemente an das Atomkraftwerk Doel in Belgien. Ein Eklat, denn mit dem Export beging der Betreiber nicht zum ersten Mal Rechtsbruch. Bereits im Dezember 2020 expor- tierte er illegal Brennelemente in die Schweiz.

Wir haben den Fabrikbetreiber deshalb wegen des Exports ohne Genehmigung angezeigt. Zudem reichte der Bund für Umwelt und Naturschutz NRW eine Verbandsklage ein. Vor Gericht wollen wir auch klären, ob Bürger und Umweltverbände das Recht haben gegen Exporte vorzugehen. Ein Gericht in Frankfurt muss nun entscheiden.

Auch die neue Ampel-Bundesregierung will die Atomfabriken nicht stilllegen. Sie setzt damit weiter auf Brennelemente-Exporte an marode Atomkraft- werke. Wir fordern: Atomfabriken schließen und Atomausstieg vollenden!

WEITERE TÄTIGKEITSBEREICHE FÜR DEN FACHBEREICH

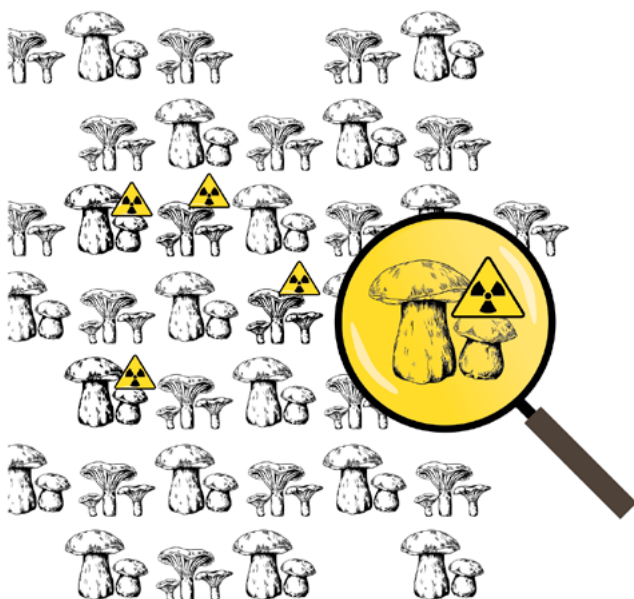
Radioaktivitätsmessungen

Seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl untersucht das Umweltinstitut mit einem Gammaskpektrometer Lebensmittelproben auf radioaktive Belastung. Insbesondere Wild und Pilze aus einigen Regionen Deutschlands sind teilweise auch heute noch so stark belastet, dass sie für den menschlichen Verzehr nicht geeignet sind.

Im Rahmen unseres Forschungsprogramms machten auch 2021 zahlreiche Bürger:innen von unserem kostenlosen Angebot Gebrauch, Lebensmittelproben testen zu lassen. In Einzelfällen wurde in vergangenen Jahren bei diesen Stichproben der geltende EU-Grenzwert stark überschritten.

Die Messwerte veröffentlichen wir regelmäßig auch auf unserer Webseite. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich dort einen Überblick über die Belastungssituation in Deutschland verschaffen.

→ [Mehr Informationen](#)

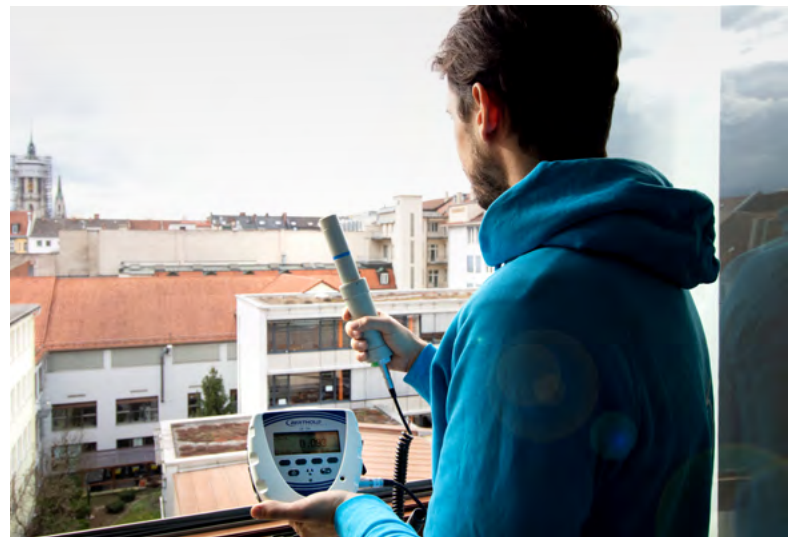


Außenluftüberwachung

Zudem überwachen wir seit 1986 als unabhängige Messstelle die Münchner Außenluft und veröffentlichen die Außenluftwerte einmal pro Werktag auf unserer Homepage. Sollte sich eine Gefährdungssituation ergeben, wie etwa unmittelbar nach der Fukushima-Katastrophe, aktualisieren wir die Grafik mehrmals täglich und informieren über unsere Informationskanäle.

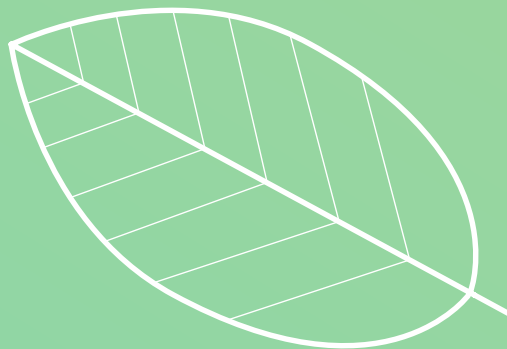
Im Jahr 2021 waren keine deutlichen Abweichungen von der üblichen Schwankungsbreite zu verzeichnen.

→ [Mehr Informationen](#)



LANDWIRTSCHAFT

Auch 2021 hat der Pestizidprozess in Südtirol noch immer viele Kapazitäten unseres Landwirtschaftsbereiches gebunden. Trotzdem konnten wir im vergangenen Jahr einiges bewegen: Wir haben Einspruch gegen Patente auf Lebensmittel eingereicht, haben ein Infopaket zu neuen Gentechnik-Methoden veröffentlicht und uns gegen missbräuchliche Einschüchterungsklagen engagiert. Den größten Erfolg konnten wir im September feiern: Unsere Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ war erfolgreich!



1,2 MILLIONEN UNTERSCHRIFTEN FÜR BIENEN UND BAUERN

Zwei Jahre lang haben wir alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die nötigen Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ zu sammeln. Noch wenige Wochen vor dem Fristende Ende September 2021 waren wir uns nicht sicher, ob wir das Ziel rechtzeitig erreichen würden. Denn die Pandemie hatte unseren Plänen für breit angelegte Sammelaktionen in ganz Europa einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Doch mit einem großen Kraftakt unseres europaweiten Bündnisses gelang es uns, in den letzten Wochen noch hunderttausende EU-Bürger:innen für die EBI zu gewinnen – und damit für eine Landwirtschaftspolitik, die Artenvielfalt, Klima und kleinbäuerliche Strukturen schützt!

In München unterzeichnete beispielsweise die damalige Kanzlerkandidatin und nun Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90 / Die Grünen) die EBI auf einer Wahlkampfveranstaltung. So konnten wir unsere Forderungen öffentlichkeitswirksam in die heiße Phase des Wahlkampfs einbringen. Außerdem reisten wir mit weiteren Vertreter:innen der EBI nach Rom, um Papst Franziskus Botschaften für eine bienenfreundliche Landwirtschaft und gesunde Umwelt zu überreichen.



Und unser Schlusspunkt hat sich gelohnt! Kurz vor dem Ende der Unterschriftensammlung zeigte sich, dass die Menschen die Chance nicht verpassen wollten, Europa endlich von chemisch-synthetischen Pestiziden zu befreien. Allein in Deutschland unterschrieben mehr als 600.000 Menschen für die EBI. Diese Unterschriften haben wir im Dezember offiziell an das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln übergeben.

Nun sind die EU-Institutionen verpflichtet, sich mit unseren Forderungen auseinanderzusetzen. Bleibt es auch nach der behördlichen Überprüfung bei mindestens einer Million gültiger Unterschriften, haben wir ein Anrecht auf Gespräche mit Vertreter:innen der EU-Kommission und dürfen unser Anliegen in einer öffentlichen Anhörung im europäischen Parlament vorstellen. Innerhalb von sechs Monaten muss die EU-Kommission außerdem offiziell darauf antworten, wie sie auf die Forderungen unserer EBI reagieren will.

Danke



UNSERE FORDERUNGEN AN DIE EU-KOMMISSION:

1. Schrittweiser Ausstieg aus synthetischen Pestiziden.

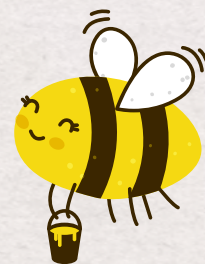
Der Einsatz von synthetischen Pestiziden wird bis 2030 um 80 Prozent reduziert.
Bis 2035 steigt die EU komplett aus der Nutzung der Ackergifte aus.

2. Maßnahmen zur Erholung der Biodiversität.

Biotopflächen in landwirtschaftlichen Flächen werden wiederbelebt und Produktionsmethoden so gestaltet, dass die Landwirtschaft wieder einen Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt leistet.

3. Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern.

Die Europäische Agrarpolitik wird reformiert. Kleinteilige, vielfältige und nachhaltige landwirtschaftliche Strukturen werden bevorzugt, der Ökolandbau ausgeweitet sowie die Forschung zu pestizid- und gentechnikfreiem Anbau gefördert.



APPELL AN DIE AMPEL: PESTIZIDAUSSTIEG JETZT!

Während Vertreter:innen von SPD, Grünen und FDP im November über den Koalitionsvertrag zur Bildung einer neuen Bundesregierung verhandelten, meldeten wir uns mit einer bildgewaltigen Aktion im Berliner Regierungsviertel zu Wort. Gemeinsam mit Partner-Organisationen aus dem EBI-Bündnis forderten wir: Die neue Bundesregierung muss endlich die lange verschleppte Agrarwende auf den Weg bringen und einen konkreten Fahrplan für den Ausstieg aus der Nutzung chemisch-synthetischer Pestizide vorlegen. Diese Forderungen, die wir in einem gemeinsamen Positionspapier konkretisiert hatten, konnten wir schließlich an den Agrar- und Umweltminister von Brandenburg Axel Vogel und den grünen Bundestagsabgeordneten Niklas Wagener überreichen.

→ [Zum Positionspapier](#)



DER PESTIZIDPROZESS GEHT WEITER

Im September 2020 musste unser Mitarbeiter Karl Bär¹ zum ersten Mal in Bozen auf der Anklagebank Platz nehmen, weil das Umweltinstitut mit einer Plakataktion sowie einer begleitenden Webseite den hohen Pestizideinsatz in den Südtiroler Apfelplantagen kritisiert hatte. Für die „Pestizidtirol“-Aktion wurde er vom Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft Arnold Schuler sowie mehr als 1.300 Obstbäuerinnen und -bauern aus der Region wegen angeblicher übler Nachrede und Markenfälschung vor Gericht gezerrt. Ende 2021 war dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit immer noch nicht ausgestanden.

Nachdem der Prozessauftritt im Herbst 2020 für viel Protest und eine Welle der Solidarität aus ganz Europa gesorgt hatte, kündigten Arnold Schuler und die Südtiroler Obstwirtschaft den Rückzug ihrer Anzeigen an. Doch erst im Juni 2021 machten sie dieses Versprechen wahr. Ein Obstbauer hielt jedoch weiterhin an seinem Strafantrag fest und ließ diesen erst am fünften Prozesstag im Januar 2022 fallen.

Da es sich beim Vorwurf der Markenfälschung um ein sogenanntes Offizialdelikt handelt, das auch ohne Kläger:innen verfolgt wird, stand das Umweltinstitut im Mai 2022 trotzdem erneut vor Gericht. Doch die Staatsanwaltschaft beantragte eine Änderung der Anklage, durch die auch dieser Vorwurf hinfällig wurde. Karl Bär und das Umweltinstitut München wurden damit freigesprochen – ein bedeutender Sieg für die Meinungsfreiheit!

Bis zu diesem Erfolg war es ein langer und mühsamer Weg, den wir nur dank der Hilfe unserer Unterstützer:innen meistern konnten. Vielen Dank an alle, die uns in den letzten Jahren mit Tatkraft, Solidarität und Geld zur Seite standen!

Der Südtiroler Pestizidprozess ist ein typisches Beispiel einer missbräuchlichen Einschüchterungsklage. Derartige Klagen, so genannte SLAPPs (Strategic Lawsuits Against Public Participation – deutsch: Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung), werden auch in Europa immer häufiger von Unternehmen, Politiker:innen oder mächtigen Einzelpersonen genutzt, um unliebsame Kritiker:innen einzuschüchtern. Mehr zu diesem Thema erfahren Sie auf S. 20 im Interview mit unserer Referentin für Agrarpolitik Veronika Feicht.

BETRIEBSHEFTE

Auf Antrag unseres Strafverteidigers beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft in Bozen die Betriebshefte von etwa 1.200 Südtiroler Obstbaubetrieben als Beweismittel. Die Hefte enthalten Angaben darüber, welche Pestizide zum Zeitpunkt unserer Kritik am hohen Pestizideinsatz in Südtirol wann, wo und in welcher Menge gespritzt wurden. In diese Hefte durften wir Einblick nehmen und werten die Daten nun aus. Das ist sehr aufwändig und teuer – und beschäftigt uns schon seit mehr als einem Jahr. Aber die Arbeit lohnt sich. Denn damit können wir zeigen, wie groß das Pestizidproblem im Südtiroler Apfelanbau tatsächlich ist. Die Aufzeichnungen der Landwirt:innen ermöglichen uns einen ansonsten unmöglichen Einblick in die reale Praxis bei der Ausbringung von Pestiziden. Normalerweise werden diese Angaben von Behörden nicht zentral erfasst, geschweige denn Wissenschaftler:innen oder NGOs zur Verfügung gestellt oder ausgewertet. Wir leisten damit also Pionierarbeit, da es nach unserem Kenntnisstand bisher keine vergleichbare veröffentlichte Datensammlung über Pestizideinsätze in der Landwirtschaft gibt.

¹Karl Bär war als Agrarreferent für das Umweltinstitut tätig und ist derzeit für sein Bundestagsmandat freigestellt.

”

SLAPPS sind ein Angriff auf die Grundwerte unserer Demokratie.

“

Nicht nur das Umweltinstitut war in Südtirol von einem so genannten SLAPP („Strategic Lawsuits against Public Participation“) betroffen. Das Phänomen der Einschüchterungsklagen breitet sich auch in Europa immer weiter aus. Veronika Feicht, Referentin für Agrarpolitik, erklärt, warum SLAPPs so gefährlich sind.

Was sind SLAPPs und wer ist davon betroffen?

SLAPPs sind missbräuchliche Klagen, die darauf abzielen, kritische Stimmen einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Missbräuchlich sind sie deshalb, weil damit unser Rechtssystem ausgenutzt wird, um unliebsame Kritik zu unterdrücken. Betroffen von SLAPPs sind vor allem Menschen, die öffentlich Missstände von allgemeinem Interesse kritisieren, wie zum Beispiel ökologische oder soziale Probleme. Traurige Berühmtheit erlangte die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia, gegen die vor ihrer Ermordung ganze 47 SLAPP-Klagen anhängig waren. Im Umweltinstitut verfolgen wir auch den Fall der französischen Anti-Pestizid-Aktivistin Valérie Murat mit großer Aufmerksamkeit. Dieser Fall ähnelt dem Südtiroler Pestizidprozess: Valérie Murat wurde vom Branchenverband für Bordeaux-Weine vor Gericht gezerrt, weil sie Pestizidrückstände in einigen der weltberühmten Weine nachgewiesen und ihre Erkenntnisse veröffentlicht hatte.

Warum sind SLAPPs gefährlich?

SLAPPs sind nicht nur ein Angriff auf diejenigen, die vor Gericht gezerrt werden, sondern auf die kritische

Öffentlichkeit und damit letztlich auf die Grundwerte unserer Demokratie. Das liegt am so genannten chilling effect. Wenn SLAPPs Schule machen, überlegt manch eine:r wahrscheinlich zweimal, ob sie oder er zum Beispiel die Umweltverschmutzung durch einen mächtigen Konzern öffentlich anprangert. Genau diesen Effekt sollen SLAPPs auch haben. Es geht vor allem um Abschreckung und Einschüchterung. Dadurch werden demokratische Grundwerte wie Meinungs- und Pressefreiheit untergraben.

Was bedeutet es für eine Person oder eine Organisation „geslappt“ zu werden?

Die Abkürzung SLAPP erinnert nicht umsonst an das englische Wort für Ohrfeige. Ein SLAPP ist für die Betroffenen wie ein Schlag ins Gesicht. Denjenigen, die einen SLAPP anzetteln, geht es nicht darum, vor Gericht zu gewinnen. Sie wollen vor allem ihre Gegner:innen in jahrelangen, teuren Gerichtsprozessen zermürben. Und selbst wer dem Druck standhält, muss so viel Zeit und Geld in die Verteidigung investieren, dass die inhaltliche Arbeit oft unmöglich gemacht wird. Im Umweltinstitut haben wir das selbst erlebt: Während des Pestizidprozesses gab es Wochen, in denen fast unser gesamtes Team aus-

schließlich an der Vorbereitung auf einen Gerichtstermin arbeitete. Und dabei hatten wir als Organisation auch dank unserer Unterstützer:innen immerhin die Möglichkeit, unseren Kollegen Karl Bär zu unterstützen. Andere stehen da deutlich schlechter da: Ehrenamtliche Aktivist:innen wie Valérie Murat in Frankreich sind auf sich alleine gestellt. Das ist eine noch schwierigere Situation.

Wie engagiert sich das Umweltinstitut gegen SLAPPs?

Zunächst war es wichtig, der Öffentlichkeit das Problem überhaupt nahezubringen. Wir haben also viel Zeit in Aufklärungs- und Pressearbeit investiert: Von der *Süddeutschen Zeitung* über die *FAZ* bis zum *Spiegel* konnten wir viele Medien dafür gewinnen, über SLAPP-Klagen zu berichten.

Darüber hinaus haben wir viele Bündnisse geschmiedet: Als Verbündete haben wir Organisationen wie den Deutschen Journalisten-Verband gewonnen und auch weitere NGOs, die selbst von einem SLAPP betroffen sind, wie zum Beispiel die Organisation Rettet den Regenwald. Durch gemeinsame Pressemitteilungen und offene Briefe haben wir die deutsche Politik auf das Problem aufmerksam gemacht. Mit Erfolg: Im Dezember 2021 kündigte die neu gewählte Ampel-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag an, europaweit Maßnahmen gegen SLAPPs zu unterstützen!

Auf europäischer Ebene haben wir uns der Coalition against SLAPPs in Europe (CASE) angeschlossen. In diesem Bündnis kämpfen wir für ein europäisches Anti-SLAPP-Gesetz. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir im Sommer 2021 gemeinsam mit Rettet den Regenwald eine Petition gestartet, die mittlerweile mehr als 200.000 Menschen unterzeichnet haben. Diese Unterschriften haben wir Anfang 2022 zusammen mit CASE an die Vizepräsidentin der EU-Kommission Vera Jourová übergeben. Und unser Druck zeigt Wirkung: Mittlerweile hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein solches europäisches Anti-SLAPP-Gesetz vorgelegt.



Veronika Feicht
Referentin für Agrarpolitik

NEUE GENTECHNIK OHNE REGULIERUNG? NICHT MIT UNS!

Stellen Sie sich vor, Sie stehen im Supermarkt und haben zwei Produkte zur Auswahl. Eines davon wurde gentechnisch verändert – doch es gibt es keinen Hinweis darauf, welches von beiden das ist. Ginge es nach den Plänen der EU-Kommission, müssten Produkte, die mittels neuer Gentechnik-Methoden wie der Genschere CRISPR/Cas hergestellt wurden, nicht mehr als solche erkennbar sein. Die Mehrheit der Deutschen möchte das nicht, wie eine Forsa-Umfrage in unserem Auftrag zeigte: 84 Prozent der Befragten halten demnach eine Kennzeichnung von Lebensmitteln, die mit (neuer und alter) Gentechnik hergestellt wurden, für wichtig bis sehr wichtig.

Um diese Deregulierung zu verhindern, braucht es politischen Druck und eine informierte Öffentlichkeit. Daher haben wir ein Infopaket mit unterschiedlichen Faltblättern erstellt, in denen sich Verbraucher:innen über die negativen Auswirkungen von Gentechnik als Treiber der industrialisierten Landwirtschaft und Tierhaltung informieren können. Außerdem legten wir der Bundesregierung unsere Meinung in einem Positionspapier dar, das wir in einem breiten Bündnis mit mehr als 90 Organisationen veröffentlichten.

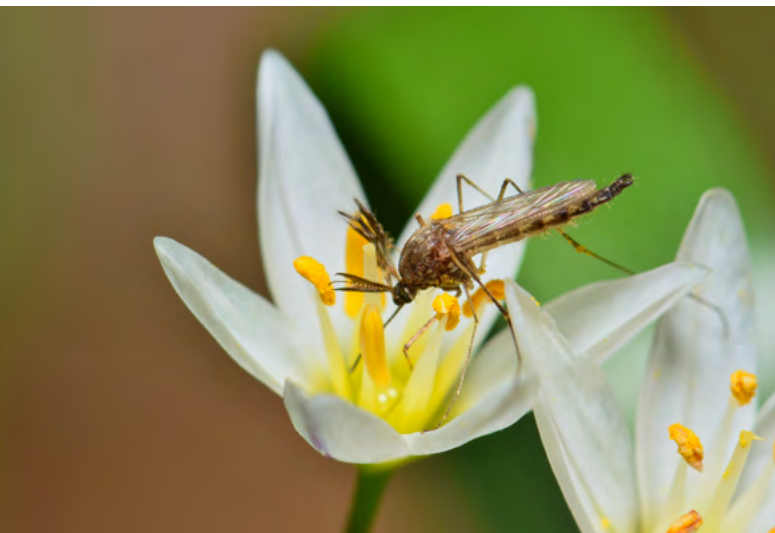
Um unseren Forderungen in Brüssel Gewicht zu verleihen, richteten wir uns in einem offenen Brief gemeinsam mit über 160 Organisationen aus ganz Europa an den Vizepräsidenten der EU-Kommission Frans Timmermans. Mit einem Online-Tool ermöglichten wir es außerdem Bürger:innen, ohne spezifische Vorkenntnisse an einer öffentlichen Konsultation zu der von der EU-Kommission geplanten Deregulierung neuer Gentechnikmethoden teilzunehmen.

→ [Zum Gentechnik-Infopaket](#)



84%

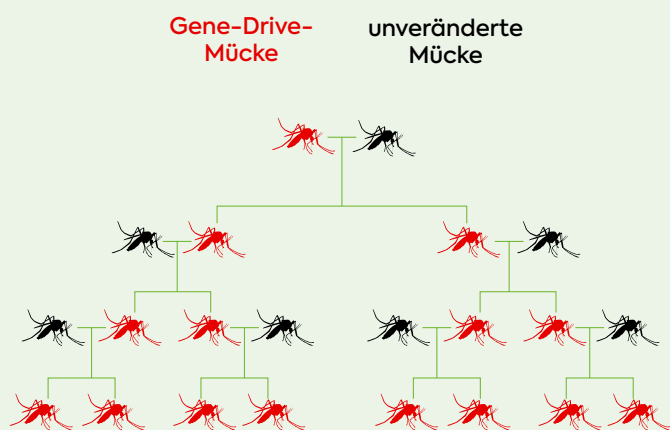
*der Befragten in Deutschland halten eine
Kennzeichnung von Lebensmitteln, die
mit (neuer und alter) Gentechnik hergestellt
wurden, für wichtig bis sehr wichtig*



„Stop Gene Drives“

Mit neuen Gentechnik-Methoden können in Zukunft nicht nur die Gene von Ackerpflanzen und Nutztieren, sondern auch die von wildlebenden Tieren und Pflanzen gentechnisch manipuliert werden – mit Hilfe sogenannter Gene Drives. Um die Einstellung der Menschen in Deutschland und der EU gegenüber dieser Risikotechnologie aufzuzeigen, veröffentlichten wir im Januar 2021 eine europaweite Umfrage. Sie zeigte auf, dass eine deutliche Mehrheit der europäischen und der deutschen Bevölkerung gegen das Freilassen von Gene-Drive-Organismen in die Natur ist. Zusammen mit unseren Bündnispartnern starteten wir außerdem eine Unterschriftensammlung zum Thema Gene Drives. Die Unterzeichner:innen fordern darin von der Politik, erste Freisetzungen von Gene-Drive-Organismen in die Natur zu verhindern und ein globales Gene-Drive-Moratorium einzuführen. Zudem informierten wir unsere Unterstützer:innen mit einem neuen Faltblatt über die Hintergründe dieser riskanten Technologie.

→ [Zum Faltblatt „Gene Drives“](#)



Gene Drives setzen die Regeln der normalen Vererbung außer Kraft. Eigentlich werden die genetischen Eigenschaften der Eltern mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit an die Nachkommen weitergegeben. Gene Drives werden jedoch bis nahezu 100 Prozent weitervererbt. Und das sogar dann, wenn sie die Überlebenschancen der jeweiligen Art senken.



EINSPRUCH: KEINE PATENTE AUF LEBEN!

Patente auf Pflanzen und Tiere, die ohne Gentechnik gezüchtet wurden, sind eigentlich verboten. Doch rechtliche Schlupflöcher ermöglichen es dem Europäischen Patentamt (EPA) und der Industrie, dieses Verbot systematisch zu umgehen. Dadurch können Agrarkonzerne die Ergebnisse der züchterischen Arbeit, die seit Jahrtausenden von Landwirt:innen auf der ganzen Welt geleistet wird, an sich reißen.

Auch 2021 haben wir uns deshalb gemeinsam mit dem Bündnis „No Patents On Seeds“ und We Move für ein vollständiges Verbot von Patenten auf herkömmlich gezüchteten Pflanzen und Tieren eingesetzt. Anfang des Jahres starteten wir eine Unterschriftenaktion, in der wir den Präsidenten des EPA aufforderten, ein Moratorium für Patente auf Pflanzen und Tiere zu erlassen, bis die rechtlichen Unklarheiten vollständig ausgeräumt sind. Mehr als 200.000 Menschen beteiligten sich an der Aktion. Die Unterschriften übergaben wir im Juni mit einer Protestaktion an das EPA in München.

Im Oktober zogen wir erneut vor das EPA. Diesmal, um gegen das Patent von Carlsberg auf herkömmlich gezüchtete Braugerste zu protestieren. Obwohl die im Patent beschriebenen Verfahren bereits be-

kannt waren und nicht auf Gentechnik beruhen, beansprucht der Brauereikonzern die Pflanzen, ihre Ernte sowie Lebensmittel und Getränke, die daraus hergestellt werden, als seine Erfindung. Gegen das Patent hatten wir Einspruch eingelegt, der aber vom EPA abgelehnt wurde.

Ende des Jahres reichten wir außerdem gemeinsam mit „No Patents On Seeds“ einen Einspruch auf ein Melonenpatent von BASF ein. Der Vorteil der patentierten Pflanzen ist ihr buschiger Wuchs. Sie brauchen weniger Platz im Anbau und es kann mehr Ertrag pro Fläche erzielt werden. Melonenpflanzen mit dieser Eigenschaft wurden zufällig in einem Hausgarten entdeckt. BASF hat die Pflanzen lediglich mit herkömmlichen Methoden so weitergezüchtet, dass ihre Früchte kernlos sind. BASF hat durch das Patent nun Exklusivrechte an der Vermarktung des Saatguts, der Pflanzen und der Früchte, aber auch an der züchterischen Weiterentwicklung der Melone. Damit wird der Zugang zu genetischem Material für die Entwicklung von neuen Sorten immer weiter eingeschränkt. Mit unserem Einspruch zeigen wir EPA und BASF ein weiteres Mal, dass wir die Patentierung von herkömmlich gezüchteten Pflanzen und Tieren nicht akzeptieren.



ÖKOLANDBAU ERLEBEN UND VERSTEHEN!

Kinder und Jugendliche verlieren zunehmend den Bezug zur Natur. Das Interesse an Erfahrungen in der Natur nimmt kontinuierlich ab. Mit den Bildungsprojekten „Ökolandbau erleben und verstehen“ wollen wir dieser alarmierenden Entwicklung entgegenwirken.

Wir zeigen Kindern und Jugendlichen den Ursprung unserer Lebensmittel und welche Vorteile die ökologische Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel für unsere Gesundheit und Umwelt haben. Sie lernen, dass gesunde Lebensmittel schmecken – und dass es Spaß macht, diese zuzubereiten.

Auch 2021 gab es große Einschränkungen bei der Durchführung der Projektaktivitäten aufgrund der Corona-Pandemie. Immerhin konnten wir 16 Exkursionen mit Schul- und Kitagruppen zu Bio-Bauernhöfen unternehmen und zehn Projekttag zu den Themen Ökolandbau und gesunde Ernährung an Münchner Bildungseinrichtungen durchführen.



→ Mehr Informationen zu unseren Bildungsprojekten finden Sie [hier](#).

VIDEOS ZUM THEMA

Ökologische Landwirtschaft – einfach erklärt

Im Rahmen des Bildungsprojektes „Ökolandbau erleben und verstehen“ haben wir ein kurzes Video produziert, das Kindern und Jugendlichen die Besonderheiten der ökologischen Landwirtschaft und Bio-Lebensmitteln erklärt. Das Video steht allen Interessierten auf unserer Homepage zu Verfügung.

→ [Zum Video](#)

Apfelanbau – Es geht auch ohne Gift

Äpfel sind lecker und gesund? Nicht unbedingt, denn im konventionellen Apfelanbau werden sehr viele Pestizide eingesetzt, die nicht nur die Artenvielfalt schädigen, sondern auch unsere Gesundheit. Wer das kritisiert, bekommt oft zu hören, dass es ohne die Gifte nicht geht. Wir widerlegen diesen Mythos in unserem Video: Georg und Marianne Stöckl haben ihren landwirtschaftlichen Betrieb vor mehr als 20 Jahren auf ökologischen Landbau umgestellt. Auf ihren Streuobstwiesen zeigen sie, dass Obstanbau auch ganz ohne Pestizide funktionieren kann.

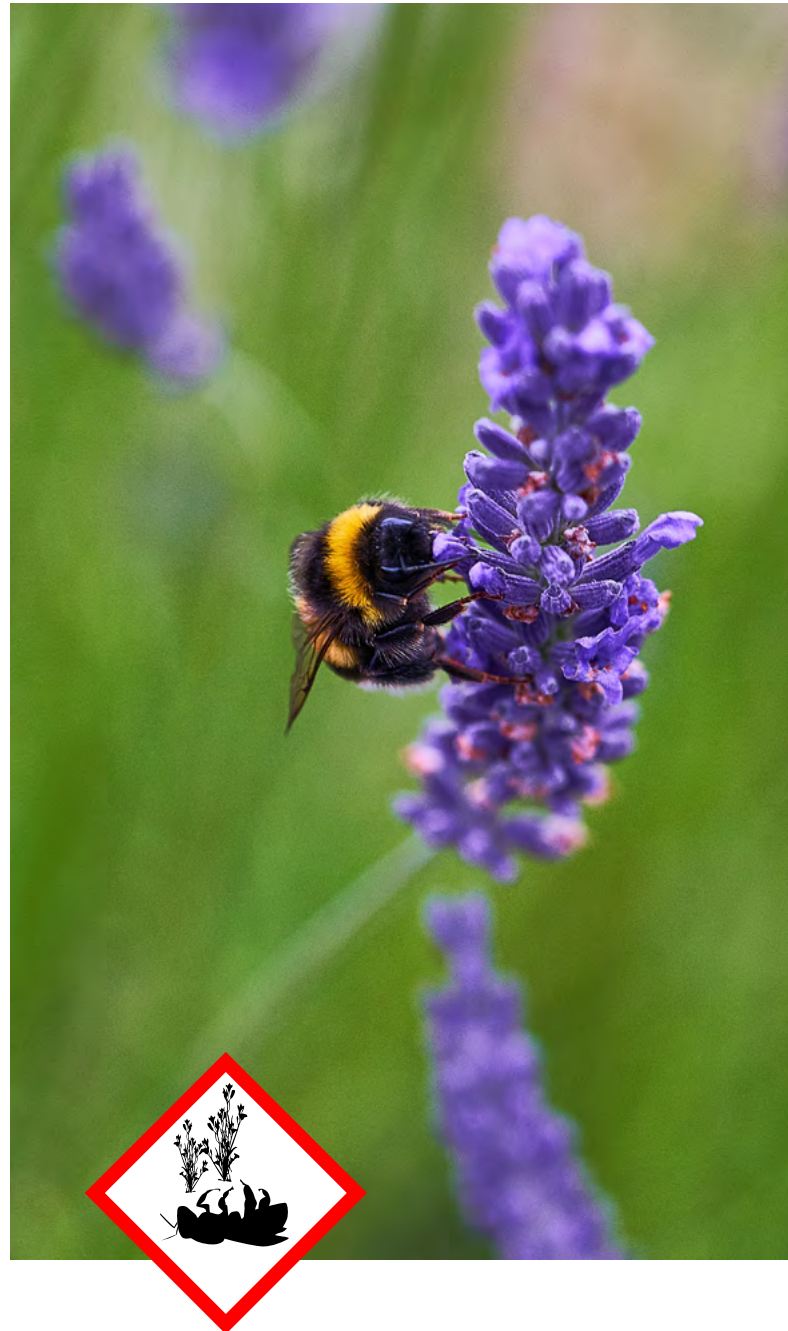
→ [Zum Video](#)

WEITERE TÄTIGKEITSBEREICHE FÜR DEN FACHBEREICH

Insektenschutzgesetz

2021 ist nach vielen Verzögerungen ein Teil des so genannten Insektenschutzgesetzes in Kraft getreten. Die Inhalte hat das Umweltinstitut kritisch geprüft. Unser Fazit: Die unter dem Begriff „Insektenschutzgesetz“ laufenden Änderungen sind zwar kleine Schritte in die richtige Richtung. Um eine tatsächliche Trendwende beim Artensterben einzuleiten, werden sie allerdings nicht ausreichen. Denn auf einem viel zu großen Teil der Fläche kann weiter so gewirtschaftet werden wie bisher. Selbst Pestizide, die als besonders bienengefährlich gelten und die mittlerweile EU-weit verboten sind, kamen 2021 durch sogenannte Notfallzulassungen wieder zum Einsatz. Zudem hebelte Nordrhein-Westfalen nach Inkrafttreten als erstes Bundesland den verbesserten Schutz der Insekten in Naturschutzgebieten unter bestimmten Voraussetzungen wieder aus. Um zu überprüfen, ob dieses Vorgehen rechtskonform ist, gaben wir ein Rechtsgutachten in Auftrag. Im März 2022 kam dieses Gutachten zu dem Schluss: Das Vorgehen des NRW-Agrarministeriums ist rechtswidrig.

—> Unsere Bewertung des Insektenschutzgesetzes finden Sie [hier](#).



Glyphosat

Auch der Einsatz von Glyphosat wird im neuen Insektenschutzgesetz thematisiert. Das Totalherbizid wurde für die landwirtschaftliche Nutzung eingeschränkt und sollte für den Privatgebrauch und auf öffentlichen Flächen verboten werden. Ab 2024 soll die Anwendung auch in der Landwirtschaft vollständig beendet sein. Was erst einmal gut klang, entpuppte sich teilweise als Mogelpackung, denn das angekündigte Glyphosat-Verbot für private Anwender:innen ist de facto kein Verbot: Tatsächlich bleiben die glyphosathaltigen Mittel, die schon vorher für diese Bereiche zugelassen waren, auch weiterhin für diese Anwendungen erlaubt, bis ihre Zulassung ohnehin ausläuft. Ebenso wenig ist das voraussichtliche Ende der Glyphosat-Nutzung in der Landwirtschaft in Deutschland ab 2024 Ergebnis eines neuen Verbots. Vielmehr läuft die derzeitige Genehmigung in der EU im Dezember 2022 aus, so dass das Mittel bis 2024 endgültig vom Markt verschwunden sein sollte – vorausgesetzt, es wird auf EU-Ebene nicht wieder genehmigt.

Das Verfahren für eine weitere Zulassung auf EU-Ebene ist jedoch bereits im vollen Gange. Angesichts des anhaltenden Artensterbens sowie den Auswirkungen von Glyphosat auf die menschliche Gesundheit ist eine weitere Zulassung des Totalherbizids nicht vertretbar. Diese Einschätzung haben wir auch an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) übermittelt, als wir den Bewertungsbericht der Fachbehörden kommentiert haben. Wir fordern, die schwerwiegenden Gründe, die gegen eine weitere Glyphosat-Zulassung sprechen, eingehend zu prüfen. Denn diese lassen nur einen Schluss zu: Glyphosat muss schnellstmöglich verboten werden!

—→ [Mehr Informationen](#)



Mehr Transparenz über Pestizideinsätze in der EU

Bereits heute müssen alle Landwirt:innen in der EU Aufzeichnungen darüber führen, welche Pestizide sie wann, wo und in welcher Menge ausbringen. Doch diese Daten werden bisher nicht zentral erfasst, geschweige denn ausgewertet und veröffentlicht. 2021 machte die EU-Kommission einen Vorschlag zur zukünftigen statistischen Nutzung dieser wichtigen Umweltinformationen. Gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten nutzten wir die Chance und setzten uns mit mehreren offenen Briefen an deutsche Regierungsvertreter:innen und Empfehlungen an Mitglieder des Europäischen Parlaments für eine starke Reform ein, die echte Transparenz über Pestizideinsätze schafft.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Durchschnittlich 60 Kleidungsstücke kauft jede:r Deutsche pro Jahr. Kleidung war noch nie so billig wie heute – mit fatalen Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschen in den Produktionsländern. Um auf die Probleme der Modeindustrie aufmerksam zu machen und Lösungsvorschläge aufzuzeigen, haben wir im vergangenen Jahr unseren Slow Fashion Ratgeber veröffentlicht.



SO WERDEN SIE ZUM SLOW FASHION PROFI!

Mehr als 100 Milliarden Kleidungsstücke werden jährlich weltweit produziert. Das sind doppelt so viele wie noch vor zwanzig Jahren. Durch das riesige und billige Angebot hat sich unsere Kleidung von einem wertvollen Gut zum Einwegprodukt gewandelt. Nach kürzester Zeit wird das T-Shirt aussortiert und die kaum getragene Hose landet wegen eines Lochs im Müll. Möglich ist das nur durch eine fast vollständig ausgelagerte Produktion in Niedriglohnländern und die gnadenlose Ausbeutung von Menschen, Tieren und natürlichen Ressourcen.

Doch es geht auch anders! Unser Slow Fashion Ratgeber zeigt, wie Sie mit ganz einfachen Maßnahmen Ihren Kleiderkonsum ökologischer gestalten können. Neben vielen praktischen Tipps für eine nachhaltige Garderobe finden Sie unter anderem Antworten auf die Fragen:

- Woher kommt meine Kleidung und wie wird sie hergestellt?
- Was passiert mit meinen entsorgten Klamotten?
- Worauf kommt es bei Slow Fashion an?
- Welche Textilfasern sind empfehlenswert?
- Welche Textilsiegel gibt es und was sind ihre Anforderungen?

→ Hier können Sie den gedruckten Ratgeber bestellen oder als pdf herunterladen.



GRÜNER SHOPPEN IN MÜNCHEN

Die beste Ökobilanz hat das Kleidungsstück, das am längsten getragen wird. Wenn es trotzdem mal was Neues sein muss, empfiehlt sich Kleidung, die ökologisch und fair produziert wurde. Auch der Griff zu Secondhand-Kleidung schont die Umwelt und Sie haben die Chance, echte Modeschätze für wenig Geld zu ergattern. In unserem Online-Einkaufsführer für München finden Sie zahlreiche Läden, die Öko-faires und Gutes aus zweiter Hand anbieten.

→ [Zur Übersicht](#)

SIEBEN UNBEQUEME WAHRHEITEN ÜBER FAST FASHION



Wir shoppen bis zum Umfallen.

Mehr als 100 Milliarden Kleidungsstücke werden jährlich weltweit produziert. Das sind doppelt so viele wie noch vor zwanzig Jahren. In Deutschland kauft jede:r Erwachsene durchschnittlich 60 neue Kleidungsstücke pro Jahr.

Wir ersticken im Kleidermüll.

Wir behandeln viele Stücke wie Wegwerfartikel und sortieren diese nach sieben bis acht Mal Anziehen bereits aus. Insgesamt 92 Millionen Tonnen Textilmüll fallen so jährlich weltweit bei der Produktion und Entsorgung von Kleidung an.



Wir heizen das Klima auf.

Die globale Textilproduktion stößt jedes Jahr mehr als 1,2 Milliarden Tonnen CO₂ aus. Das sind mehr klimaschädliche Emissionen als auf das gemeinsame Konto von internationalen Flügen und der Seeschifffahrt gehen.

Wir produzieren immer mehr Plastik.

Rund 65 Prozent aller weltweit hergestellten Fasern für Kleidung sind synthetische Fasern, die aus Erdöl, Kohle oder Gas hergestellt werden. Kleidung aus diesen Fasern setzt beim Tragen und Waschen Mikroplastik frei.



Wir vergiften uns und die Umwelt

Etwa 7.500 verschiedene Chemikalien sowie rund 4.000 Farbstoffe kommen in der Textilindustrie zum Einsatz. Darunter sind viele gefährliche Schadstoffe, die in die Umwelt gelangen.

Wir beuten Menschen aus

Unsere Kleidung wird hauptsächlich in Niedriglohnländern wie China, Bangladesch und Indien hergestellt. Dort schufteten Millionen Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder unter schrecklichen Bedingungen.



Wir erzeugen Tierleid

Die Produktion von Pelzen, Leder, Wolle und Daunen findet ebenfalls nach der Logik „besonders viel für wenig Geld“ statt. Die Folgen sind katastrophale Verhältnisse in der Tierhaltung und bei der Schlachtung sowie grausame Praktiken wie Lebendrupf und Verstümmelungen.

Die gute Nachricht: Das muss nicht sein! Wir zeigen in unserem Ratgeber, wie es anders geht!



SO KÖNNEN SIE UNSERE ARBEIT UNERSTÜTZEN!

Auf Ihren Beitrag kommt es an

Erst die Beiträge unserer Spender:innen und Fördermitglieder ermöglichen unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit für eine nachhaltige Energiewende und eine ökologische Landwirtschaft. Ohne Ihre Unterstützung wäre all das nicht möglich. Denn das Umweltinstitut wird weder von Parteien, noch Regierungen oder wirtschaftlichen Interessengruppen finanziert. Daher möchten wir uns herzlich bei all unseren Fördermitgliedern und Spender:Innen bedanken!

Wenn Sie sich jetzt entscheiden, eine Fördermitgliedschaft abzuschließen oder Ihren Beitrag zu erhöhen, können Sie sich als Dankeschön eine unserer aktuellen Prämien aussuchen.

Jetzt [spenden](#) oder [Fördermitgliedschaft abschließen](#) oder [Beitrag erhöhen](#).

Umweltschutz – bis weit in die Zukunft

Unser wichtigstes Erbe für nachfolgende Generationen ist eine gesunde, intakte Umwelt. Seit 1986 machen wir uns für den Schutz von Natur und Umwelt stark, um die Lebensgrundlagen für heute und die Zukunft zu erhalten. Ein Testament bietet Ihnen die Möglichkeit, unsere Arbeit auch zukünftig sicher zu stellen. Schon ein Prozent Ihres Erbes würde ein starkes Zeichen setzen – für die Lebensgrundlagen unserer Kinder. So würden Ihre Lieben 99 Prozent Ihres Erbes erhalten und gleichzeitig wirkt Ihr letzter Wille bis weit in die Zukunft.

Gerne stehen wir für ein weiterführendes Gespräch zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie außerdem auf unserer [Homepage](#).



Umweltschutz verschenken

Sie sind auf der Suche nach einem Geschenk mit Sinn? Wie wäre es mit einem Gutschein für mehr Umwelt- und Klimaschutz? Damit können Sie Ihren Lieben eine Freude machen und gleichzeitig Gutes tun – das ideale Geschenk für alle, die sich für eine lebenswerte Umwelt engagieren!

Zu unseren [Spendenurkunden](#)

UNSER JAHR 2021 IN ZAHLEN

Unsere Fördermitglieder und Spender:innen ermöglichen durch ihre Unterstützung unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit – ganz unabhängig von Parteipolitik und wirtschaftlichen Interessen.

2021 bedanken wir uns besonders für die weiterhin große Solidarität, die wir für unsere Verteidigung im Prozess in Südtirol erfahren haben. Durch diese Unterstützung konnten wir uns juristisch erfolgreich zur Wehr setzen und im Jahr 2022 schließlich einen Freispruch auf ganzer Linie erkämpfen!

EINNAHMEN UND AUSGABEN

Finanzierung

Im Jahr 2021 haben wir begonnen, die Betriebshefte der mehr als 1.000 Südtiroler Landwirt:innen zu analysieren, um uns vor Gericht verteidigen zu können (siehe S. 19). Im September brachten wir die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ zum erfolgreichen Abschluss (siehe S. 17). Diese und alle weiteren Projekte sind nur durch die kontinuierliche Unterstützung unserer Fördermitglieder und Spender:innen möglich.

Spenden und Mitgliedsbeiträge bilden mit insgesamt 90 Prozent der Einnahmen die Grundlage für unsere Finanzierung. Projektzuschüsse verschiedener Träger beliefen sich 2021 auf acht Prozent unserer Einkünfte. Auch in diesem Jahr konnten wir wieder auf die Landeshauptstadt München zählen, die vor allem die Umweltberatung und das Projekt „Ökolandbau erleben und verstehen“ unterstützt hat.

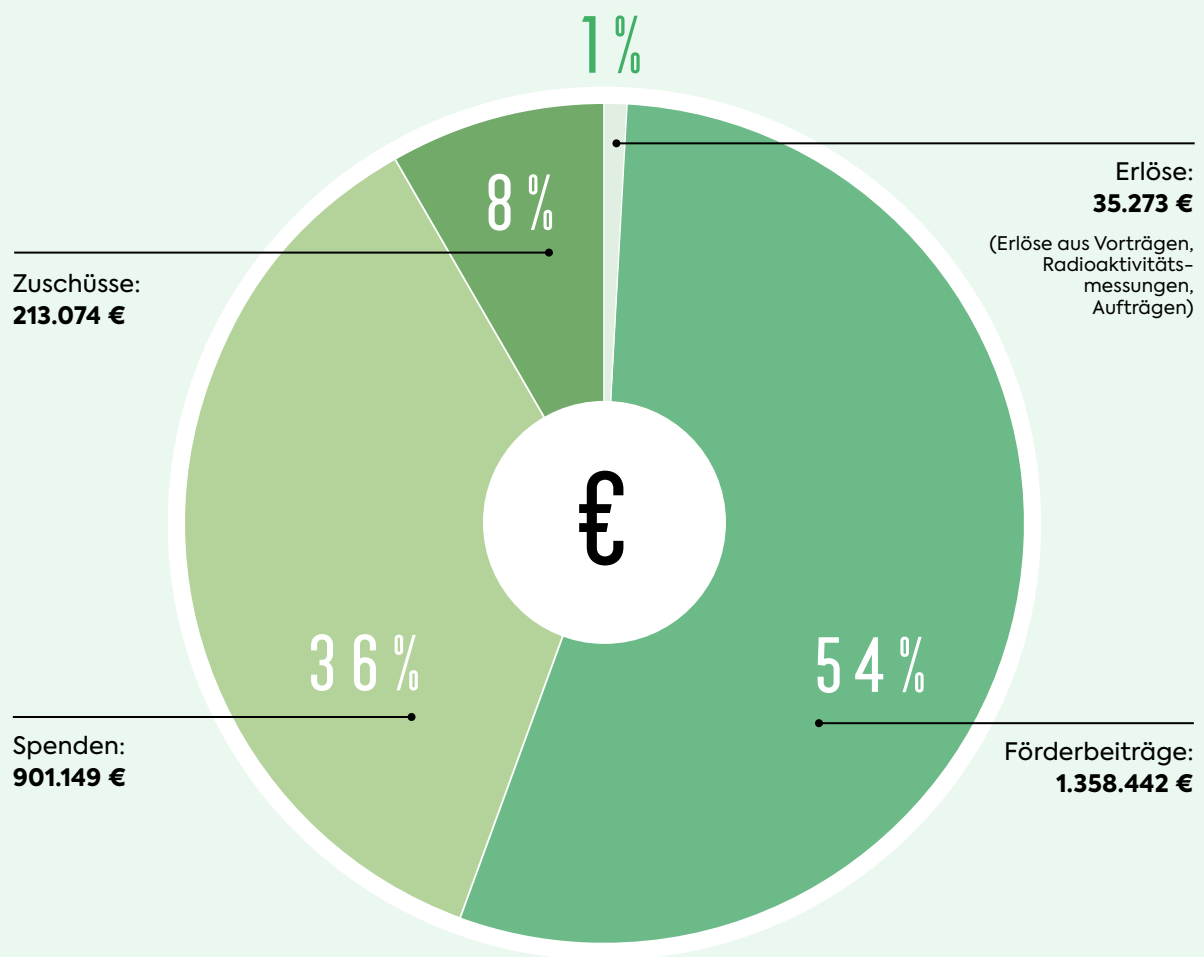
Gewerblichen Großspenden oder Spenden aus der Industrie nehmen wir nicht an. So sichern wir unsere Unabhängigkeit.

Ausgaben

Im Jahr 2021 beliefen sich unsere Ausgaben auf 2.231.744 Euro. 82 Prozent unserer Ausgaben verwendeten wir für die Arbeit in den Fachbereichen. Diese Ausgaben umfassten die Planung und Durchführung von Kampagnen, wissenschaftlichen Projekten oder die finanzielle Unterstützung von Bündnisprojekten innerhalb der Umweltbewegung, aber auch die Auswertung der landwirtschaftlichen Betriebshefte für unseren Prozess in Südtirol oder die Messung von Pilzen auf Radioaktivität. Mit elf Prozent blieben unsere Verwaltungskosten auf niedrigem Niveau. Für unsere allgemeine Öffentlichkeitsarbeit gaben wir sechs Prozent unserer Ausgaben aus.

EINNAHMEN

Gesamteinnahmen
2.507.937 €



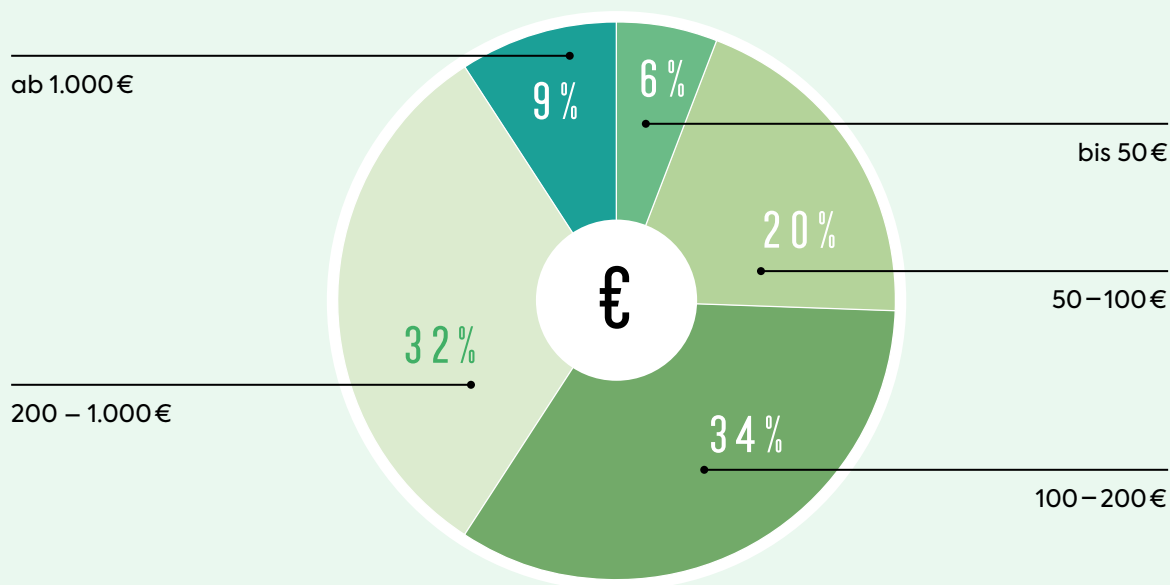
Die Angaben in den Diagrammen sind gerundete Werte. Dies kann zu vermeintlichen Differenzen in der Summenbildung führen.

DIE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER DES UMWELTINSTITUTS

Nur durch das große Engagement unserer Fördermitglieder und Spender:innen ist unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit überhaupt möglich. Wir freuen uns deshalb besonders, dass die Zahl unserer Fördermitglieder 2021 um ca. 830 weitere engagierte Menschen gewachsen ist, die unsere Arbeit mit einem regelmäßigen Beitrag unterstützten. Am Ende des Jahres konnten wir uns somit über mehr als 12.000 Fördermitglieder freuen. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre (Stand 2016: 6.559 Mitglieder) ist damit die Anzahl unserer regelmäßigen Förderinnen und Förderer um 66 Prozent gestiegen. Wir wurden außerdem von über 21.300 Personen mit einer Spende unterstützt. Spenden und Beiträge in der Größenordnung bis 200 € machten 59 Prozent unseres Spendenvolumens aus. Viele Spender:innen und Fördermitglieder unterstützten uns mit Spenden von mehr als 200 Euro, insgesamt 104 Spender:innen und Fördermitglieder sogar mit Beträgen von 1.000 Euro und mehr.

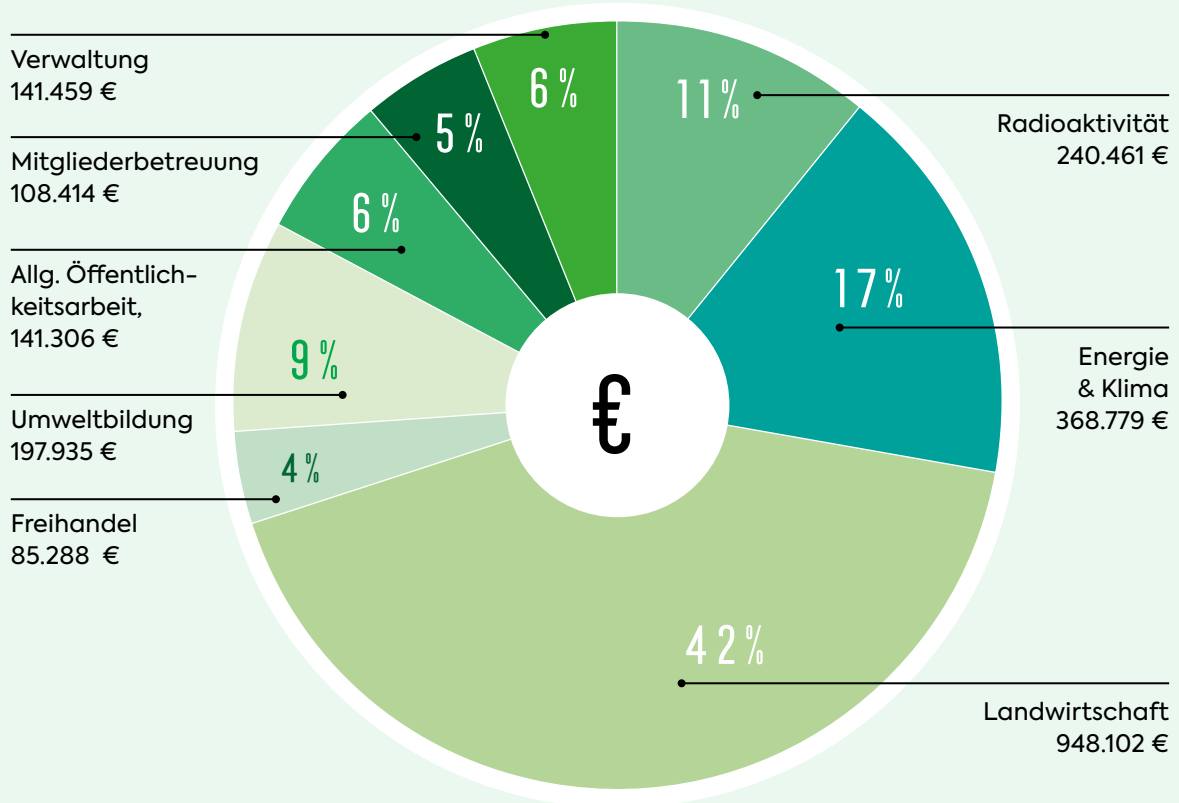
Jahr	Fördermitglieder
2016	6.559
2017	7.420
2018	8.344
2019	9.154
2020	11.267
2021	12.098

Spenden- und Beitragssummen



AUSGABEN

Gesamtausgaben
2.231.744 €



BILANZ

Aktiva

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00 €
Sachanlagen	181.614,00 €
Summe Anlagevermögen	181.616,00 €

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	100.725,00 €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.664.118,39 €
Summe Umlaufvermögen	1.764.843,39 €

Summe Aktiva	1.946.459,39 €
---------------------	-----------------------

Passiva

Eigenkapital	1.800.433,56 €
Rückstellungen	56.000,00 €
Verbindlichkeiten	90.025,83 €

Summe Passiva	1.946.459,39 €
----------------------	-----------------------

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Als eingetragener Verein sind wir der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Ziele verpflichtet und nicht bestrebt, Gewinne zu erzielen. Die uns zugeflossenen Spenden sind satzungsgemäß und zeitnah auszugeben. Das bedeutet, dass es einen Gewinn oder Verlust – wie bei unternehmerisch tätigen Organisationen – in einem gemeinnützigen Verein nicht gibt. Ein Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr vorgetragen. Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Förder- und Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden als im gleichen Jahr zugegangen sind. Die Ausgaben wurden also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert. Langfristig gebundene Spendenmittel sind in der Bilanz als Anlagevermögen aufgeführt. Sie stehen nicht unmittelbar als Mittel bereit. Andere noch nicht verwendete Spendenmittel stellen eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen sicher. Sie ermöglichen es uns, auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und soweit notwendig für unseren Vereinszweck Investitionen zu tätigen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Einnahmen/Erlöse	2.507.937,46 €
Aufwendungen	
Materialaufwand	-284.081,18 €
Personalaufwand	-1.394.410,42 €
Abschreibungen	-41.491,84 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-511.760,68 €
Summe Aufwendungen	-2.231.744,12 €
Ergebnisvortrag zur Verwendung im Folgejahr	452.406,60 €
Einstellung in Rücklagen	-364.186,65 €
Bilanzergebnis	364.413,29 €

GEHALTSSTRUKTUR

Das Umweltinstitut München orientiert sich bei der Entlohnung am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Bund. Anpassungen aufgrund der Betriebszugehörigkeit und jährliche Tarifsteigerungen werden in aller Regel nachvollzogen. Im Haustarif gibt es folgende Gehaltsstufen:

Stud. Mitarbeiter:innen, Trainees	Entgeltgr. 10
Organisation, Verwaltung	Entgeltgr. 11, 12
Referent:innen, Technik	Entgeltgr. 12
Geschäftsführung	Entgeltgr. 13

Für ein besonders hohes Maß an Einsatz, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme kann eine Verantwortungszulage von bis zu 200 Euro monatlich gezahlt werden. Darüber hinaus zahlt das Umweltinstitut eine arbeitszeitunabhängige Familienzulage in Höhe von 200 Euro pro Monat für das erste Kind sowie eine arbeitszeitanteilige Kinderzulage ab dem zweiten Kind. Betriebliche Altersvorsorge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, 30 Tage Jahresurlaub sind betriebsüblich. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu ermöglichen, arbeiten viele der Mitarbeiter:innen in Teilzeit.

BLEIBEN SIE MIT UNS IN KONTAKT!



umweltinstitut.org/newsletter

E-Mail-Newsletter



facebook.com/umweltinstitut.org

@umweltinstitut.org



twitter.com/UmweltinstitutM

@UmweltinstitutM



instagram.com/umweltinstitut

@umweltinstitut

IMPRESSUM

Umweltinstitut München e.V.

Goethestraße 20

80336 München

Tel.: (089) 30 77 49-0

Fax: (089) 30 77 49-20

E-Mail: info@umweltinstitut.org

www.umweltinstitut.org

Redaktion: Umweltinstitut München

Gestaltung & Illustrationen: Rebecca Leiner, Clara Hüscher

Stand: 3.8.2022



Bildnachweise:

S. 3: Jörg Farys, Umweltinstitut München – S. 4: Umweltinstitut München – S. 7: Jörg Farys, Umweltinstitut München – S. 8: Illustrationen: Pierre Maite – S. 9: Jörg Farys, Umweltinstitut München – S. 10: Umweltinstitut München – S. 11: IGORS PETROVS, stock.adobe.com – S. 13: Umweltinstitut München – S. 15: Pilze: SpicyTruffel/stock.adobe.com, Radi-Zeichen: nikolae/stock.adobe.com, Foto: Umweltinstitut München – S. 17: Foto: Christoph Dörfner, Illustration: evgeniya_m/stock.adobe.com – S. 18: Jörg Farys, Umweltinstitut – S. 19: Illustration: evgeniya_m/stock.adobe.com – S. 21: Umweltinstitut München – S. 22: wemove – S. 23: Foto: Brett/stock.adobe.com, Moskitos: wemove – S. 24: Falk Heller – S. 25: alixx girl/stock.adobe.com – S. 26: Ingo Doerrie/unsplash.com – S. 27: Jean Wimmerlin/unsplash – S. 30 + 31: Ursprungsfotos von Jingxi Lau/unsplash.com, Fotoschlick/stock.adobe.com, Nasa/unsplash.com, Karina Tes/unsplash.com, Mediamodifier/unsplash.com, AungMyo/stock.adobe.com, Benjamin Sander Bergum/unsplash.com – S. 40: Jörg Farys – S. 3 + 5 + 11 + 14 + 18 + 22 + 25 + 29 + 33: anya babii | stock.adobe.com